

Palästina jenseits von Teilung und Nationalstaatlichkeit

Leila Farsakh, al-shabaka.org, 04.05.22

In ihrem neuen Sammelband *Rethinking Statehood in Palestine: Self-Determination and Decolonization Beyond Partition* (Selbstbestimmung und Entkolonialisierung jenseits der Teilung) bringt Leila Farsakh, politische Analystin bei *Al-Shabaka* und außerordentliche Professorin für politische Ökonomie an der University of Massachusetts Boston, eine Gruppe von Intellektuellen zusammen, die sich kritisch mit der Bedeutung der palästinensischen Staatlichkeit auseinandersetzen. Farsakh und die beteiligten Autor:innen gehen über die Teilung hinaus, die der Zweistaatenlösung zugrunde liegt, und zeigen, dass die **Komponenten der palästinensischen Staatlichkeit, einschließlich Staatsbürgerschaft, Souveränität und Nationalität, im Zusammenhang mit der Entkolonialisierung** formuliert werden müssen.

Farsakh argumentiert in der Einleitung des Buches: „Die Entkolonialisierung Palästinas würde erfordern, die Komponenten eines neuen politischen Konzepts zu formulieren, das die Gewalt sowie das Unrecht der Vergangenheit und der Gegenwart anerkennt und gleichzeitig den Bürgerrechten Vorrang vor territorialer Souveränität einräumt.“ Doch wie kann die palästinensische Selbstbestimmung außerhalb des Konzepts der territorialen Souveränität und der Nationalstaatlichkeit gesehen werden? Farsakh weist darauf hin, dass dies eine Frage ist, mit der sich Palästinenser:innen überall auf der Welt auch weiterhin auseinandersetzen werden.

Wie können die Palästinenser:innen in der Westbank, im Gazastreifen, in den Gebieten von 1948 und in der Diaspora angesichts des Scheiterns der Zweistaatenlösung und des Scheiterns der palästinensischen Autonomiebehörde (PA), Befreiung und Gerechtigkeit verwirklichen und ihre Selbstbestimmung außerhalb des nationalstaatlichen Rahmens neu definieren? Welche Alternativen gibt es und welche Herausforderungen könnten sie mit sich bringen?

Al-Shabaka sprach mit Farsakh über die Ergebnisse ihres richtungsweisenden Buches und darüber, wie eine Neuorientierung der palästinensischen Staatlichkeit aussehen könnte.

In Ihrem Buch untersuchen Sie die Entwicklung der palästinensischen Bindung an das Staatsmodell als Mittel zur Befreiung. Warum hat sich diese Anhänglichkeit gehalten, und warum ist das Staatsmodell letztlich nicht in der Lage, die palästinensische Selbstbestimmung zu verwirklichen?

Die palästinensische Verbundenheit mit der Staatlichkeit kommt daher, dass diese das Recht auf Selbstbestimmung bekräftigt und damit das Recht der Palästinenser:innen, ihr politisches Schicksal zu bestimmen und ihre Existenz als Nation zu bestätigen. Dieses Recht wird ihnen vom Staat Israel seit 1948 verweigert. Die Eigenstaatlichkeit wurde nach dem Krieg von 1967 und der UN-Resolution 242 vom November 1967 zu einem zentralen Ziel der palästinensischen Nationalbewegung. Diese Resolu-

tion, die zur Grundlage für Friedensvereinbarungen zwischen dem Staat Israel und seinen Nachbarn wurde, sah vor, dass der Staat Israel sich aus den „während des jüngsten Konflikts besetzten Gebieten“ zurückzieht und im Austausch zur Anerkennung der „Souveränität, territorialen Integrität und politischen Unabhängigkeit jedes Staates in diesem Gebiet.“ Die Resolution erwähnte jedoch weder die Palästinenser:innen noch eines unserer Rechte, die durch die UN-Resolutionen 181 und 194 geschützt sind.

Im Jahr 1971 definierte die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) ihr Ziel als die Errichtung eines palästinensischen Staates, der Christen, Juden und Muslime im historischen Palästina umfasst. Dabei vertrat sie die Auffassung, dass die einzige Möglichkeit für die Palästinenser:innen, in ihre Heimat zurückzukehren und ihr Land vom zionistischen Siedlerkolonialismus zu befreien, in der Gründung eines palästinensischen Nationalstaats bestehe. In dieser Hinsicht unterschied sich die PLO nicht von den meisten Befreiungsbewegungen des 20. Jahrhunderts, die die Befreiung vom Kolonialismus mit der Schaffung unabhängiger Nationalstaaten verbanden.

Der palästinensische Anspruch auf Staatlichkeit wird seit 1974 von der Arabischen Liga unterstützt. Und sowohl in der arabischen Friedensinitiative von 2002 als auch in der *Road Map für den Frieden* von 2003 wurde bekräftigt, dass die Schaffung eines unabhängigen palästinensischen Staates in den 1967 besetzten Gebieten nicht nur legitim, sondern auch das einzige Mittel zur Beendigung des so genannten israelisch-palästinensischen Konflikts sei.

Das Scheitern des palästinensischen Staatsprojekts zur Befreiung der Palästinenser:innen ist jedoch auf zwei wesentliche Tatsachen zurückzuführen. Erstens hat sich die PLO mit dem Paradigma der Teilung abgefunden, das von der internationalen Gemeinschaft seit 1947 als einziges Mittel zur Lösung des Konflikts propagiert wird. 1988 gab die PLO ihr Ziel, einen demokratischen Staat in ganz Palästina zu errichten, zugunsten eines palästinensischen Staates in der Westbank und im Gazastreifen mit einer symbolischen Unabhängigkeitserklärung auf. Der zweite Faktor besteht darin, dass die Palästinenser:innen die Verhandlungen mit dem Staat Israel auf der Grundlage des Osloer Abkommens von 1993 akzeptiert haben, anstatt sich dem Zionismus entgegenzustellen und zumindest den vollständigen Rückzug des Staats Israel aus den 1967 besetzten Gebieten zu fordern.

Dieser „Friedensprozess“ hat die koloniale Herrschaftsstruktur des Staates Israel eher neu formuliert als beendet. Er ermöglichte es dem Staat Israel, den Gazastreifen über 15 Jahre lang zu belagern und die Zahl der Siedler:innen in der Westbank, einschließlich Ost-Jerusalem, von 250.000 jüdischen Israelis im Jahr 1992 auf fast 700.000 im Jahr 2020 fast zu verdreifachen. Mit der Gründung der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA), die de facto die PLO ablöste, wurde die palästinensische politische Einheit aufgesplittert und die palästinensische Befreiung und das Rückkehrrecht in Frage gestellt. Der palästinensische Staat konnte daher weder lebensfähig noch souverän werden, obwohl er von 138 Staaten anerkannt wurde.

In den verschiedenen Kapiteln werden Alternativen zum Staatsprojekt vorgestellt. Welche Herausforderungen müssen die Palästinenser:innen bewältigen, um eine tragfähige Alternative zur Teilung zu schaffen?

Mein Buch argumentiert, dass die Palästinenser:innen vom Paradigma der Teilung oder der Zwei-Staaten-Lösung abrücken müssen, wenn sie ihre Rechte wahrnehmen wollen. Einige Palästinenser:innen sind der Meinung, dass das Streben nach Staatlichkeit gänzlich aufgegeben werden sollte, da der Staat im Wesentlichen ein gewalttätiges und repressives politisches Gebilde bleibe. Sie argumentieren stattdessen, dass die Politik des *Sumud* (Standhaftigkeit vor Ort) und die Mobilisierung an der Basis die palästinensische Unabhängigkeit bekräftigen. Andere, zu denen auch ich gehöre, sind der Meinung, dass die Alternative darin besteht, den Staat neu zu definieren, anstatt sich vorzustellen, dass er überwunden werden kann. Er muss eingedämmt werden, indem er demokratisch, inklusiv und gegenüber seinen Bürger:innen rechenschaftspflichtig wird.

Die Herausforderung für die Palästinenser:innen besteht darin, die Form des demokratischen Staates zu definieren, den sie schaffen wollen, und eine politische Strategie zu entwickeln, um lokale, regionale und internationale Unterstützung dafür zu gewinnen. Die Herausforderung in dieser Hinsicht ist nicht nur rechtlicher oder verfassungsrechtlicher Natur - ob der demokratische Staat im historischen Palästina ein föderaler, konföderaler, binationaler oder einheitlicher Staat sein wird - sondern vor allem politischer Natur. Das heißt, die Palästinenser:innen müssen darlegen, wie wir eine neue politische Strategie entwickeln wollen, die unsere Gemeinschaft eint, einschließlich der Flüchtlinge und derjenigen, die in den Gebieten von 1948 leben. Wir müssen auch die wirtschaftlichen, politischen und rechtlichen Schritte darlegen, die unternommen werden müssen, um die koloniale Apartheidstruktur, die der Staat Israel geschaffen hat, abzubauen und eine neue politische Ordnung aufzubauen.

Das bedeutet, dass die Palästinenser:innen sich mit der Frage des Zionismus auseinandersetzen müssen, anstatt von ihm zu abstrahieren, wie es der Oslo-Prozess tat, und dass sie erklären müssen, wie jüdische Israelis und Palästinenser:innen gleichberechtigte Bürger:innen in einem demokratischen Staat sein können. In dieser Hinsicht kann man viel von Südafrika lernen, auch wenn dort das Problem der anhaltenden wirtschaftlichen Ungleichheit nicht gelöst wurde. Der Aufbau einer befreiten Zukunft für Palästina erfordert den Abbau kolonialer Privilegien und Herrschaftsstrukturen ebenso wie die Festlegung der Rechte von Jüd:innen oder Israelis, die als gleichberechtigte Bürger:innen in Palästina bleiben wollen, ohne ihnen ihre Identität zu nehmen oder das völkerrechtlich geschützte palästinensische Rückkehrrecht zu gefährden.

In Ihrem Kapitel betonen Sie, wie wichtig es ist, die Beziehung zwischen der Nation und dem Staat neu zu formulieren. Warum glauben Sie, dass dies bedeutsam ist, und was würde es für die Staatlichkeit im historischen Palästina bedeuten?

Seit 1918, als Woodrow Wilson das Konzept der Selbstbestimmung internationalisierte und mit seinen Vierzehn Punkten die Grundlagen für eine aus Nationalstaaten bestehende Weltordnung schuf, sind Nation und Staat untrennbar miteinander verbunden, obwohl sie das eigentlich nicht sein sollten. Der Nationalstaat hat sich als problematisch erwiesen, da er zwangsläufig diejenigen ausschließt, die nicht zu seiner Nation gehören. Er ist zwangsläufig diskriminierend, vor allem, wenn er nicht demokratisch ist und wenn er die Staatsbürgerschaft auf der Grundlage der ethnischen Zugehörigkeit und nicht des territorialen Aufenthaltsrechts definiert. Wie Mahmood Mamdani argumentiert, ist der Nationalstaat

ein wesentlicher Bestandteil des Kolonialismus. Er bringt unweigerlich Einheimische und Siedler:innen, Staatsangehörige und Außenseiter:innen hervor, die ungleiche Rechte und Befugnisse haben.

Der Staat ist grundsätzlich eine juristische und politische Ordnung, die territorial abgegrenzt ist. Die Nation hingegen ist ein weiter gefasster Begriff, der eine Gruppe von Menschen mit gemeinsamen historischen, ethnischen, kulturellen oder sonstigen Merkmalen bezeichnet. Der Begriff Nation umfasst auch das Recht eines bestimmten Volkes auf Selbstbestimmung. Dieses Recht muss nicht territorial begrenzt sein, da die Souveränität bei den Menschen liegt.

Die einzige Möglichkeit, Palästina zu dekolonisieren, besteht also darin, vom Nationalstaat als Modell für Staatlichkeit oder als Ziel der Befreiung abzurücken. Wie die Erfahrung der letzten 30 Jahre gezeigt hat, hat die Schaffung eines verkürzten palästinensischen Staates im Zusammenhang mit der Teilung palästinensische Flüchtlinge und palästinensische Bürger:innen des Staates Israel von der Definition der palästinensischen Nation ausgeschlossen. Gleichzeitig ist ein solcher Staat nicht demokratisch und kann die Bürgerrechte der Palästinenser:innen im Gazastreifen oder in der Westbank nicht schützen. Nur durch den gemeinsamen Aufbau eines demokratischen Staates, der die gleichen Rechte für alle seine Bürger unabhängig von ihrer ethnischen Zugehörigkeit gewährleistet, können wir garantieren, dass die Rechte der Menschen geschützt und ihre Freiheit gesichert werden.

Sie betonen auch die zentrale Rolle, die die palästinensischen Bürger:innen Israels in einem zukünftigen Befreiungsprojekt spielen könnten. Warum glauben Sie, dass es an der Zeit ist, dass vor allem palästinensische Bürger:innen des Staates Israel die Befreiungsbewegung anführen?

Die Lage, in der sich die palästinensische Sache heute befindet, legt nahe, dass die palästinensischen Bürger:innen des Staates Israel eine zentrale Rolle bei der Führung des Befreiungskampfes spielen können, so wie es die Flüchtlinge nach dem Krieg von 1967 taten und wie es die Palästinenser:innen in der Westbank und im Gazastreifen während der ersten Intifada 1987 und während des Oslo-Prozesses taten. Die palästinensischen Bürger:innen des Staates Israel können diese Rolle vor allem deshalb ausfüllen, weil die Zweistaatenlösung gescheitert ist und die Alternative in der Schaffung eines einzigen demokratischen Staates im historischen Palästina besteht, unabhängig davon, ob es sich um einen binationalen Staat handelt oder nicht. Sie sind diejenigen, die die Gegebenheiten der israelischen politischen Strukturen am besten verstehen. Sie können daher die Kluft zwischen Palästinenser:innen und jüdischen Israelis überbrücken, um eine Einstaatenlösung voranzutreiben.

Davon abgesehen weiß ich nicht, ob die palästinensischen Bürger:innen des Staates Israel die Führung bei dem Befreiungsprojekt übernehmen werden oder wollen. Es ist auch wichtig, sich daran zu erinnern, dass alle Palästinenser:innen in ihrem Kampf für Gerechtigkeit und Gleichheit eine Rolle zu spielen haben, wie die laufende Intifada der Einheit deutlich gezeigt hat.

Ihr Buch zeigt, dass sich die Palästinenser:innen im gesamten historischen Palästina und in der Diaspora auf ein neues, gemeinsames nationales Projekt einigen müssen. Wie sollte dieses Projekt aussehen und was würde es für die bestehende palästinensische Führung bedeuten?

Die Palästinenser:innen im historischen Palästina und in der Diaspora sind sich einig, dass die Zwei-Staaten-Lösung gescheitert ist. Während einige immer noch argumentieren, dass das palästinensische Staatsprojekt durch eine Reform der Palästinensischen Autonomiebehörde gerettet werden könne, ist inzwischen klar, dass das Staatsprojekt in der Westbank und im Gazastreifen die palästinensischen Rechte nicht schützen kann und nur den Interessen einer kleinen Gruppe von Palästinenser:innen dient, die sich aus der Palästinensischen Autonomiebehörde und ihren Kumpanen sowie aus regionalen und globalen kapitalistischen Investor:innen zusammensetzt.

Die Herausforderung für die Palästinenser:innen besteht darin, sich auf ein neues, kollektives nationales Projekt zu einigen, das über die Teilung hinausgeht und politisch durchsetzbar ist. Ein solches Projekt kann jedoch nicht verwirklicht werden, ohne zunächst die PLO und ihre Institutionen wiederzubeleben, da sie die einzige repräsentative politische Struktur ist, die alle Palästinenser:innen innerhalb und außerhalb des historischen Palästina umfasst. Damit dies geschehen kann, muss eine neue Generation von Palästinenser:innen die Herrschaft über die PLO übernehmen und sich der PA entgegenstellen, die die PLO an den Rand gedrängt und das Befreiungsprojekt aufgegeben hat.

Leila Farsakh

Leila Farsakh, politische Analystin bei Al-Shabaka, ist außerordentliche Professorin und Vorsitzende des Fachbereichs Politikwissenschaften an der University of Massachusetts Boston. Sie ist die Autorin von Palästinensische Arbeitsmigration in den Staat Israel: Labour, Land and Occupation (Routledge, 2012) und von Rethinking Statehood in Palestine: Self-determination beyond Partition (California University Press, 2022). Sie hat für eine Reihe von Organisationen gearbeitet, unter anderem für die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in Paris und die MAS in Ramallah, seit 2008 ist sie Senior Research Fellow an der Birzeit University. Im Jahr 2001 wurde sie von der Cambridge Peace Commission mit dem Peace and Justice Award ausgezeichnet.

Quelle: <https://al-shabaka.org/commentaries/palestine-beyond-partition-and-the-nation-state/>

Übersetzung: Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de

Unsere Vision der Befreiung: Engagierte palästinensische Persönlichkeiten und Intellektuelle melden sich zu Wort – Buchbesprechung

(Our Vision for Liberation: Engaged Palestinian Leaders & Intellectuals Speak Out, Ramzy Baroud and Ilan Pappé, Clarity Press, 2022)

Gary Anderson palestinechronicle.com, 19.05.22

Dieses aussagekräftige Buch enthält eine Sammlung von thematischen Essays und Interviews mit kenntnisreichen Denkern und Aktivisten.

Nur wenige sind (oder waren) gewählte Amtsträger:innen, aber alle engagieren sich in der neuesten Phase der Entwicklung der Befreiung für ganz Palästina, sei es in der Westbank/Gaza, im Staat Israel oder in der Diaspora. Diese Stimmen sprechen von Verzweiflung und Verrat, wenn sie an ihre arabischen Nachbarländer, die Handlungen ihrer offiziellen Regierung (Palästinensische Autonomiebehörde), ihre Vertretung in der israelischen Knesset oder den Schutz durch die Vereinten Nationen oder die internationale Gemeinschaft denken.

Sie haben gelernt, dass das Einzige, worauf sie sich verlassen können, sie selbst sind, d. h. die Standhaftigkeit (sumud) der Bevölkerung und nicht diejenigen, die vorgeben, seine Führung zu sein. Das Vorwort beginnt mit einem Zitat: „Befreier:innen gibt es nicht. Es sind die Völker, die sich selbst befreien“.

Nach diesem Auftakt beleuchten Ramzy Baroud und Ilan Pappé die neue Etappe, die Intifada der Einheit, die durch eine Verkettung israelischer Schritte im Frühjahr 2021 ausgelöst wurde. Anfang Mai 2021 schien der Oberste Gerichtshof des Staates Israel bereit zu sein, die Räumung palästinensischer Familien aus dem Jerusalemer Stadtteil Sheikh Jarrah zu genehmigen. In derselben Woche stürmte die israelische Polizei die Al-Aqsa-Moschee. Bei Zusammenstößen zwischen Israelis (militante Zivilist:innen und Polizist:innen) und Palästinenser:innen gab es mehr als 600 Verletzte, zumeist Palästinenser:innen. So weit gab es nichts, was neu gewesen wäre.

Doch am 10. Mai kam es zu einem neuartigen Ereignis: Die Hamas im Gazastreifen setzte der israelischen Regierung eine Frist bis 18 Uhr, um ihre Streitkräfte aus dem Al-Aqsa-Gebiet und aus Sheikh Jarrah abzuziehen, andernfalls müsse sie mit einer heftigen Reaktion rechnen. Diese Antwort erfolgte in Form von Raketenbeschuss aus dem Gazastreifen auf den Staat Israel. Der Schaden war gering, hatte aber eine große politische Bedeutung: Die Zersplitterung der palästinensischen Bevölkerung war beendet. Die Menschen im Gazastreifen, in der Westbank, im Staat Israel oder in den

Flüchtlingslagern anderswo verhalten sich als ein Volk und werden gemeinsam leben, kämpfen, sterben oder gewinnen.

So entstand die *Intifada der Einheit*, die den zeitlichen Bezugsrahmen für viele der Beiträge in diesem kraftvollen Buch bildet.

Einer der Autor:innen zitiert den Dichter Mahmoud Darwish: „Die Palästinenser:innen sind mit einer unheilbaren Krankheit namens Hoffnung verflucht“. Ein Thema, das ich dem Buch entnehme, ist die Abkehr von der Hoffnung, dass die Gerechtigkeit von außen kommen wird, hin zu der Erkenntnis, dass externe Geldgeber:innen und „Unterstützer:innen“ korrumpierend und entnervend sind, und dass selbst erzeugte Aktionen das sind, was nötig ist.

Wir finden Autor:innen, die von der Entkolonialisierung des Geistes sprechen, die notwendig ist, um sich von dem Verlust des kulturellen Erbes zu erholen, der daraus resultiert, dass man jahrzehntelang unter britischem und seit den 1940er Jahren unter israelischem Einfluss bzw. israelischer Kontrolle lebte.

Wir sehen einen Optimismus, der aus der Erkenntnis erwächst, dass die beabsichtigte Fragmentierung des palästinensischen Volkes gescheitert ist. Selbst nach einem Jahrhundert der Vertreibung und Enteignung gibt es starke Strömungen, die sie wieder zusammenführen.

Ich empfehle allen, die diese neuen Wirklichkeiten verstehen wollen, die Lektüre dieses fesselnden Buches.

Gary Anderson ist ein pensionierter Bauingenieur, der 2005 und 2013 in Palästina lebte und dort an Wasser- und Abwasserfragen arbeitete. Seine Zeit als Einwohner hat ihm ein Gefühl für die Verbundenheit mit der sozialen Umgebung, der Heimat und dem Ort gegeben, die ein wesentlicher Charakterzug der Menschen in diesem Land ist.

Quelle:

<https://www.palestinechronicle.com/our-vision-for-liberation-engaged-palestinian-leaders-intellectuals-speak-out-book-review/>

Übersetzung: Pako – palaestinakoitee-stuttgart.de